

die sie mit einem vereinigten kapitalistischen Großdeutschland machen mußten, keinesfalls vergessen haben. Schon aus diesen Gründen ist und bleibt die deutsche Zweistaatlichkeit ein Element des Kräftegleichgewichtes, der Stabilität in Europa.

Besonders deshalb können - besser - müssen von der DDR und der BRD, gelegen an der sensibelsten Grenze zwischen den Gesellschafts- und Paktsystemen, Impulse für mehr Sicherheit und Zusammenarbeit auf dem Weg zu einem abgerüsteten Gesamteuropa ausgehen.

Gesamteuropäische Verantwortung beider Staaten erwächst aus der Verpflichtung, daß nie wieder Faschismus und Krieg von deutschem Boden ausgehen darf. Neonazis aus der BRD im sogenannten Europaparlament und zweistellige Stimmenergebnisse für die sogenannten Republikaner bei Wahlen zu BRD-Parlamenten - das kann und darf man nicht verharmlosen.

DDR und BRD sind also geradezu prädestiniert dafür, ein Beispiel für kooperative Koexistenz und Nachbarschaft, für eine komplexe, gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit souveräner Staaten zu geben, die alle gleichberechtigt im Haus Europa wohnen. Genau in diesem Sinne verstehe ich die im Referat von Genossen Egon Krenz unterbreiteten Vorschläge hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen der DDR und der BRD. Ein solches Herangehen entspricht sowohl unserem, nicht zuletzt aus der Geschichte abgeleiteten Selbstverständnis wie auch den Interessen unserer Nachbarn in Ost und West.

Die Grundvoraussetzung für die Entwicklung eines produktiven zwischenstaatlichen Verhältnisses sehe ich in der beiderseitigen Akzeptanz der territorialen, sozialökonomischen und politischen Nachkriegsrealitäten. Keine Seite darf die Existenzberechtigung der anderen, deren innere gegensätzliche Verfaßtheit in Frage stellen. Es geht um die Gewährleistung der Möglichkeit der friedlichen, immanenten Ausgestaltung der bestehenden gesellschaftlichen Systeme. Jede Einmischung von außen, bei Anerkennung der Tatsache des objektiven Vorhandenseins einer gegenseitigen Einwirkung, muß unterbleiben. Jeder Staat muß das Recht haben, an die Lösung seiner Probleme mit seinen spezifischen, systemadäquaten Methoden heranzugehen, ohne deswegen in irgendeiner Weise diskreditiert oder gar diffamiert zu werden.

Dem steht die bisherige Bonner Politik entgegen. Am 8. November wurde im Bundestag der BRD wiederum zur »Lage der Nation« Stellung bezogen. Auch hier stellte sich heraus, daß es der fortwuchernde Geburtsfehler der BRD ist, nicht gänzlich sie selbst zu sein, sondern ein Statthalterstaat für ein untergegangenes fiktives deutsches Reich. Die BRD maß sich aus diesem Gespensterreich heraus die Bürgerschaft von Deut-